

## **Haushaltssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Haushaltsjahr 2016**

Auf Grund des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom            folgende Haushaltssatzung erlassen.

### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

ordentlichen Erträge, einschließlich Finanzerträge auf ordentlichen Aufwendungen	54.983.100 Euro
einschließlich Finanzaufwendungen auf	53.510.600 Euro
außerordentlichen Erträge auf	1.249.100 Euro
außerordentlichen Aufwendungen auf	1.254.100 Euro

2. im **Finanzhaushalt** mit dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen auf	65.375.900 Euro
Auszahlungen auf	65.275.700 Euro

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen auf:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	51.416.400 Euro
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.373.900 Euro
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	6.059.500 Euro
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	13.625.300 Euro
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	7.900.000 Euro
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	3.276.500 Euro
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0 Euro
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0 Euro

### **§ 2**

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 7.900.000 Euro festgesetzt.

### **§ 3**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen und Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Haushaltsjahren wird auf 1.100.000 Euro festgesetzt.

## § 4

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer  |          |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 300 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 390 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer  | 380 v.H. |

## § 5

1. Die Wertgrenze, ab der außerordentliche Erträge und Aufwendungen als für die Gemeinde von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wird auf 50.000 Euro festgesetzt.

2. Die Wertgrenze für die insgesamt erforderlichen Auszahlungen, ab der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt einzeln darzustellen sind, wird auf 25.000 Euro festgesetzt.

3. Die Wertgrenze, ab der überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen, wird wie folgt festgesetzt:

3.1. Als erheblich sind alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Sinne des § 70 Abs. 1 BbgKVerf anzusehen, wenn sie bei den einzelnen Produktsachkonten die nachstehend aufgeführten Beträge übersteigen:

Kontengruppe 50 und 70 Personalaufwendungen/Personalauszahlungen	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 52 und 72 Aufwendungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 53 und 73 Transferaufwendungen/Transferauszahlungen	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 54 und 74 Sonstige ordentliche Aufwendungen/sonstige Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 55 und 75 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen/ Finanzauszahlungen	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 57 Bilanzielle Abschreibungen	100.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 59 und Konten 74 990 00/75 980 00 Außerordentliche Aufwendungen und übrige weitere Sonstige Auszahlungen/ sonstige Finanzauszahlungen	100.000 Euro je Einzelfall
Kontenart 782 Auszahlungen für Vermögenserwerb	50.000 Euro je Einzelfall

Kontenart 785	
Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.000 Euro je Einzelfall
Kontengruppe 79	
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	50.000 Euro je Einzelfall

Keiner vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen:

- a) über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in unbeschränkter Höhe, wenn sie durch zweckgebundene Erträge/Einzahlungen gedeckt sind,
- b) unabweisbare Aufwendungen/Auszahlungen für Pflichtaufgaben in unbeschränkter Höhe.

3.2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 73 Abs. 5 BbgKVerf sind erheblich, wenn sie im Einzelfall 50.000 Euro übersteigen.

3.3. Über die vom Kämmerer erteilten Genehmigungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bzw. zum Eingehen von über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen ist die Stadtverordnetenversammlung per 30.06.2016 und 31.12.2016 zu informieren.

4. Eine Nachtragssatzung ist zu erlassen, wenn

- a) beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag entsteht, der 3,0 v.H. der Erträge oder Einzahlungen des laufenden Haushaltsjahres übersteigt oder
- b) bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen geleistet werden sollen, die im Einzelfall 1,0 v.H. der Aufwendungen oder Auszahlungen des laufenden Haushaltsjahres übersteigen.

## **§ 6 (Haushaltssicherungskonzept)**

entfällt

Fürstenwalde/Spree, den

Hans-Ulrich Hengst  
Bürgermeister